

GRÜNAKTUELL



■ **FLUGLÄRM UND
KEIN ENDE?**

■ **EINE GESCHICHTE DER
GRÜNEN EIMSBÜTTEL**

INHALT

Fluglärm und kein Ende?	3
Der Beiersdorf-Komplex	6
Stellungnahme der Fraktionsvorsitzenden Lisa Kern zu den Erweiterungsplänen der Beiersdorf AG	8
Eine Geschichte der GRÜNEN Eimsbüttel	10
Anträge und Presseerklärungen	14
Gezwitscher	16

IMPRESSUM

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion Eimsbüttel

Methfesselstraße 38
20257 Hamburg

T 040.401 42 46
E fraktion@gruene-eimsbuettel.de

www.gruene-eimsbuettel.de

GRÜN AKTUELL ist ein Informationsblatt der Grünen Fraktion Eimsbüttel. Es erscheint mehrmals jährlich zur Sitzung der Bezirksversammlung.

Redaktion: Thomas Rave
Grafik und Layout: Christoph Jöns (www.grafik-joens.de)

V.i.S.d.P.: Lisa Kern

Titelbild.: Henning Angerer

EDITORIAL

Wir freuen uns euch die aktuelle Ausgabe der GRÜN Aktuell vorzustellen. Mit dem Fluglärm resultierend aus den verspäteten Starts und Landungen am Hamburger Flughafen und den Erweiterungsplänen der Beiersdorf AG greifen wir zwei komplexe Themen auf, die im Widerstreit zwischen wirtschaftlichen Interessen und dem Schutz der Umwelt stehen.

Kann die Lösung bei der skrupellosen Ausreizung der Verspätungsregelung am Flughafen durch einige Fluggesellschaften in der systematischen Abschöpfung des ökonomischen Vorteils durch hohe „Strafgebühren“ liegen und so eingedämmt werden, ist die Problemlage bei der Erweiterung des Produktionsgeländes von Beiersdorf schwieriger. Hier spielen andere Interessen mit rein, die im Folgenden beleuchtet werden sollen und zu denen unsere Fraktionsvorsitzende Lisa Kern Stellung nimmt.

Seit nunmehr 20 Jahren gibt es auf bezirklicher Ebene in Eimsbüttel eine rot-grüne Zusammenarbeit. Noch länger zurück liegen jedoch die Wurzeln GRÜNER Parlamentsarbeit: Bereits 1978, also stolze 40 Jahre liegt es zurück, dass mit Christina Kukielka und Ilona Keine die ersten Abgeordneten der BUNTEN LISTE, einer Vorgängerorganisation der GRÜNEN, die Bezirksversammlung enternten. Der erste Teil eines Rückblickes auf diese letzten vier Jahrzehnte folgt hier und wird in den nächsten Nummern fortgesetzt.

Wir wünschen eine kurzweilige Lektüre

Lisa Kern und Ali Mir Agha

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
EIMSBÜTTTEL



FLUGLÄRM UND KEIN ENDE?

FOTO: HENNING ANGERER



Der Bezirk Eimsbüttel ist als direkter Anrainer vom Hamburger Flughafen „Helmut Schmidt“ stark von den Flugbewegungen und dem dadurch entstehenden Fluglärm betroffen. Der innerstädtische Flughafen weist seit Jahren steigende Passagierzahlen bei gleichzeitig leicht gesunkenen Flugbewegungen auf. Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass diese zum Vergleich des Vorjahres gesunkenen An- und Abflüge

zu einer geringeren Ausnutzung der Verspätungsregel führen sollten. Doch weit gefehlt: Die Zahl der in diese Kategorie fallenden Flugbewegungen weist im vergangenen Jahr eine deutliche Steigerung aus.

Die aktuellen Zahlen der Verspätungsstatistik aus 2017 belegen nachdrücklich: Der 16-Punkte-Plan der Bürgerschaft und die groß angekündigte Pünktlichkeitsoffensive des



Blick aus östlicher Richtung über den Hamburger Flughafen in Richtung des durch Fluglärm geplagten Stadtteils Niendorf

FOTO: HENNING ANGERER

Senats können nur als gescheitert betrachtet werden. Die Zahl der verspäteten Flugbewegungen am Hamburger Flughafen hat die Zahl 1.000 überschritten. Und dies obwohl die Landeentgelte im Sommer 2017 erhöht worden sind. Zudem gab es intensive Gespräche mit einigen Fluggesellschaften, die in einer Absichtserklärung mündeten, die allerdings von der Realität ad absurdum geführt wurde. Bei im Schnitt 3 verspäteten Landungen pro Nacht von einer „Ausnahmeregelung“ zu sprechen, ist in den Augen der betroffenen Anwohner*innen sicher nur noch als zynisch zu bewerten. Schon die 773 Verspätungen aus 2016 waren eine Zumutung. Mit einem nochmaligen Anstieg um fast 35 % ist die Grenze der Belastbarkeit deutlich überschritten. Zum ersten Mal hat auch die Fluglärmenschutzkommission (FLSK) ein deutliches Zeichen gesetzt (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fluglinien und der Vertreter*innen der Wirt-

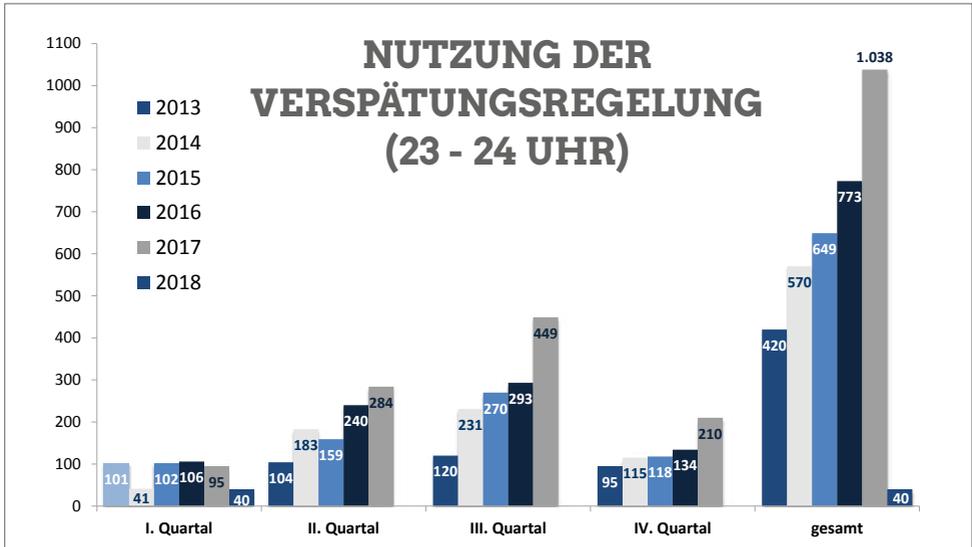
schaftsbehörde) Die FLSK fordert deshalb: eine geänderte Verspätungsregelung mit folgenden Aspekten:

- > Keine Verspätungsregelung für Starts nach 23.00 Uhr.
- > Keine Verspätungsregelung für Landungen nach 23.30 Uhr.

Bis dato gilt eine automatische Verspätungsregelung bis 24.00 Uhr – d.h. die Flugzeuge können ohne weitere Erlaubnis starten oder landen und müssen erst Wochen später Begründungen liefern, die von der Fluglärmenschutzbeauftragten kaum zu überprüfen sind. Würden die Vorschläge der FLSK umgesetzt, so müssten die Fluggesellschaften bei Starts ab 23.00 Uhr und bei Landungen ab 23.30 Uhr eine Erlaubnis begründet erfragen!

Eins scheint nach der Entwicklung der letzten Jahre jedenfalls sicher: Nur der Wegfall eines ökonomischen Vorteils (geringe „Strafgebüh-

QUELLE: EIGENE BERECHNUNG, BASIEREND AUF DATEN DES FLUGHAFEN HAMBURG; STAND: 31.01.2018



ren“ vs. höhere Einsparungen im Personalbereich) wird auf Dauer die Anzahl der Verspätungen auf ein erträgliches Maß reduzieren. Der Betrieb eines innerstädtischen Flughafens inmitten einer dicht besiedelten Stadt erzwingt grundsätzlich eine umfassende Rücksichtnahme auf die vom Fluglärm betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Die in den letzten Jahrzehnten zu Recht gewachsenen Ansprüche, den Menschen vor schädlichen Umwelteinflüssen zu schützen, müssen sich auch im Fluglärmschutz in Hamburg niederschlagen. Dazu gehört aus Sicht – nicht nur – der Eimsbütteler GRÜNEN, den Anwohner*innen des Flughafens auch eine mindestens achtstündige – also wenigstens von 22.00 bis 6.00 Uhr andauernde – Nachtruhe zu ermöglichen! Sicher ein langer aber für die betroffenen Anwohner*innen lohnender Weg dies politisch durchzusetzen.

Am 02. März hat die Behörde für Umwelt und Energie (BUE) unter Federführung von Umweltsenator Jens Kerstan nun „bekannt gegeben, dass sie Gelder in Höhe von insgesamt € 468.000 wegen Verstößen gegen das Nachtflugverbot in 21 Fällen einfordert.“ (vgl. Presseerklärung der GRÜNEN Bürgerchaftsfraktion vom 02. März 2018: „Gewinnabschöpfung bei Airlines – Tjarks: ‚Wer nicht hören will, muss zahlen‘“). Bußgelder in empfindlicher Höhe und die Abschöpfung des Gewinns, der verspätete Starts und Landungen erst lukrativ macht, ist sicher ein probates Mittel, um den schwarzen Schafen der Branche die Grenzen aufzuzeigen und sie an der empfindlichsten Stelle – dem Geld – zu treffen. Nur muss die Linie von der BUE auch konsequent durchgezogen werden, ansonsten ist und bleibt es ein Papiertiger.

Dietmar Kuhlmann

DER BEIERSDORF-KOMPLEX



Rot umrahmt das von der Beiersdorf AG erworbene Kleingartengelände in Lokstedt aus der Vogelperspektive

FOTO: BEIERSDORF AG

Wie inzwischen aus zahlreichen Pressemeldungen bekannt, ist die Beiersdorf AG an den Senat der FHH herangetreten und hat – in harten Verhandlungen – den langfristigen Verbleib in Eimsbüttel von den langfristigen Erweiterungsmöglichkeiten und somit dem Erwerb der Kleingartenflächen abhängig gemacht. Nach dieser Einigung investiert nun Beiersdorf auf dem bestehenden Firmengelände in eine neue Firmenzentrale, neue Forschungsgebäude

und den Bau von mind. 700 Wohneinheiten zur Absicherung des Rentenfonds der Mitarbeiter*innen.

Nach Veröffentlichung des Kaufvertrages sind die betroffenen Kleingärtner*innen besorgt um ihre Kleingärten und Anwohner*innen um die Errichtung möglicher Großproduktionsstätten oder die Luftqualität. Beiersdorf versichert zwar, dass keine Pläne existieren dort in den nächsten Jahren zu bauen und man konzentrierte sich auf

den Gesamtumbau auf der jetzigen Fläche, konnte den Argwohn der Bürger*innen jedoch nicht ausräumen.

In Hamburg, wo hochgradig nachverdichtet wird, ist der mögliche Verlust von Grünflächen eine elementare Sorge.

Aber ist diese Sorge auch hier berechtigt? Weder liegt bisher ein Bauantrag vor, noch ist ein Garten verloren gegangen und geltendes Planrecht sieht immer noch Grünflächen vor. Die Aussage eines Kollegen aus der BV, dies sei eine reine Scheindebatte, kann aber trotzdem nicht gelten gelassen werden. Die existierenden Ängste und Sorgen der Bürger*innen können nicht einfach ignoriert werden. Wir müssen uns dem Dialog stellen, sonst würden wir unserem Mandat nicht gerecht werden.

Man erwarte von uns eine grüne Haltung, so ein Bürger in der Bezirksversammlung im Februar. Diesen Wunsch haben wir vernommen und uns aus Eimsbüttel darum bemüht, dass der Vertrag vor der Behandlung durch die Hamburgische Bürgerschaft transparent wird, und – als Nicht-Vertragspartei mit geringem Gestaltungsspielraum, was für Außenstehende vielleicht nur schwer zu akzeptieren sein mag –, die Position der Kleingärtner*innen und der Stadt durch mögliche Rückkaufoptionen zu stärken.

Erst wenn die Beiersdorf AG einen Bauantrag stellt, beginnt unsere Zuständigkeit. Wird dann von einer Versiegelung von 12,1 Hektar gesprochen, können wir entgegnen, dass dies mit uns nicht machbar sein wird. Schaffung von öffentlichen Grünflächen, gute Durchwegungen für Anwohner*innen und ggf. der Teilerhalt von Kleingartenflächen können dann die qualitativen Merkmale Grüner Stadtplanung sein ohne Komplettsiegelung.

Wir begrüßen es, wenn die Linke als Oppositionspartei die Interessen der Bürger*innen wahrnehmen möchte. Anders als die Linke möchten wir allerdings keine einfachen Antworten auf schwierige Fragen geben.

Die Linke sprach in der Bezirksversammlung von 300 Jobs, was lediglich den potentiell neuen Jobs entspricht. Bei der Entscheidung des Verbleibs von Beiersdorf in Eimsbüttel geht es allerdings um neue wie alte Arbeitsplätze, und somit um annähernd 4.000.

Die Hälfte der derzeitigen Arbeitnehmer*innen lebt auch in Eimsbüttel. Was hätte die Linke gesagt, wenn Beiersdorf, wie Tesa 2012 von Hamburg nach Norderstedt abgewandert wäre? Damals hat sie den Verlust von 230 Arbeitsplätzen, mangelnde Infrastruktur für die Arbeitnehmer*innen und die Folgen für Eimsbüttel hart kritisiert. Nun: Jede Entscheidung lässt sich leicht kritisieren, wenn man keine Verantwortung trägt. Wir jedoch möchten für Eimsbüttel Verantwortung tragen. Deshalb stellen wir uns dem Dialog mit den Bürger*innen, wollen den Verbleib von Beiersdorf und seinen tausenden Arbeitnehmer*innen im Bezirk aktiv gestalten.

In der Diskussion völlig untergegangen ist bisher, dass ein langer Streifen des Geländes bisher noch gar nicht von der Beiersdorf AG erworben wurde. Dieser ist auf dem Luftbild des Geländes wunderbar zu erkennen. Lediglich die rotumrandete Fläche ist im Besitz der Beiersdorf AG, der lange Streifen am südwestlichen Ende ist im Besitz privater Kleingärtner*innen. Solange dieser Teil nicht an den Konzern verkauft wird, verliert der Teil des Geländes, der zerschnitten wird, für die Planungen vermutlich erheblich an Wert. In diesem Punkt ist noch erhebliches Entwicklungspotential.

Ali Mir Agha

NACHFOLGEND EINE STELLUNGNAHME DER VORSITZENDEN DER GRÜNEN BEZIRKSFRAKTION ZUM ERWERB DER ERWEITERUNGSFLÄCHEN DURCH DIE BEIERSDORF AG

Liebe Eimsbüttelerinnen und Eimsbütteler,

vielen von Ihnen sind in den vergangenen Tagen wegen meiner Äußerungen in der Bürgerfragestunde der Bezirksversammlung vom 22. Februar 2018 auf mich und die GRÜNE Bezirksfraktion in Eimsbüttel zugekommen. Ich möchte dazu noch einmal ausführlich und in Ruhe Stellung nehmen.

Als GRÜNE fühlen wir selbstverständlich für das Stadtgrün in Hamburg verantwortlich. Ein Kernthema GRÜNER Politik ist immer, wie ganz richtig hervorgehoben worden ist, ein nachhaltiger Umgang mit innerstädtischem Grün. Hamburg ist eine wachsende Stadt. Das zeigt sich nicht zuletzt an dem enormen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Mit dieser Entwicklung, und den verschiedenen berechtigten Interessen von Menschen in Hamburg, sind viele Fragen und Konflikte verbunden, auf die wir Antworten finden müssen.

Es herrscht ein immenser Druck auf alle nicht bebauten Flächen. Wir brauchen neben mehr bezahlbarem Wohnraum, eine ausreichende Versorgung mit Schulen, neue Sportflächen sowie Spielplätze und vieles mehr. Auch der Ausbau der Fahrradstadt Hamburg und die damit verbundene Verbesserung der Luftqualität und die Reduzierung des Verkehrslärms brauchen Platz. In diesem Spannungsfeld gelingt es uns leider nicht immer, jeden Baum zu erhalten und jede Flächenversiegelung zu verhindern. Als GRÜNE sind wir diejenigen, die den Erhalt von Stadtnatur in allen Prozessen einfordern und für Nachpflanzungen und Ausgleichsflächen kämpfen. Gerade weil wir nachhaltige Politik für Mensch und Umwelt machen, können wir die ökologische und die soziale Frage nicht gegeneinander ausspielen, sondern müssen sie zusammendenken. Die Beiersdorf AG ist an den Senat herangetreten und hat ihren Verbleib in Eimsbüttel von der langfristigen Möglichkeit sich am Standort erweitern zu können abhängig gemacht.

Wir finden es wichtig einen Arbeitgeber wie die Beiersdorf AG mit seinen über 3.000 Arbeitsplätzen in der Verwaltung, Forschung und Produktion am Standort Eimsbüttel zu halten. Viele Mitarbeiter*innen des Unternehmens wohnen in einem Radius von 5 km um die Tropowitzstraße und nutzen ihr Fahrrad oder den ÖPNV um zur Arbeit zu kommen. Neben den offensichtlichen Vorteilen für die Umwelt möchte ich auch noch einmal betonen, dass kurze Wege zwischen dem Arbeitsplatz, dem Wohnort, der Kita oder Schule und dem Sportverein im Sinne einer nachhaltigen GRÜNEN Stadtentwicklung von großer Bedeutung sind.

Der Umbau und die Konzentration der Firmenzentrale von Beiersdorf an der Tropowitzstraße schafft außerdem Platz für um die 700 neue Wohnungen im Eimsbütteler Kerngebiet an der Unnastraße. Hier wird in den kommenden Jahren auf einer bereits versiegelten Fläche ein neues, modernes und nachhaltiges Quartier entstehen. Die GRÜNEN in Eimsbüttel werden im Bebauungsplanverfahren sehr genau darauf achten, dass ausreichend Frei- und Grünflächen in dem neuen Quartier entstehen, dass, wo möglich, Flächen entsiegelt und Konzepte für eine umweltfreundliche Mobilität umgesetzt werden. Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, dass Kultur- und Begegnungsräume für alle Eimsbüttelerinnen und Eimsbütteler entstehen und sich das neue Quartier gut in den gewachsenen Stadtteil integriert. Das alles macht nachhaltige GRÜNE Stadtentwicklung aus.

Durch den Verkauf der Kleingartenfläche an die Beiersdorf AG ändert sich kurzfristig nichts in Lokstedt, das geltende Planrecht sieht für die Flächen nach wie vor die Ausweisung als Grünflächen vor. Erst in dem Moment, in dem die Beiersdorf AG ihre Erweiterungspläne konkretisiert und einen entsprechenden Bauantrag stellt, beginnt der Veränderungsprozess. Hier wird die Bezirkspolitik aktiv, denn die Schaffung eines neuen Planrechts liegt, anders als die Entscheidung über den Verkauf der städtischen Fläche, in der Zuständigkeit des Bezirkes Eimsbüttel.

Alle in der Bezirksversammlung vertretenen Fraktionen sind seit vielen Jahren mit der Beiersdorf AG über verschiedene den Bezirk betreffende Themen im Gespräch. Wir GRÜNE haben dabei unsere Positionen immer deutlich und offen kommuniziert.

Sollte dann tatsächlich eine Versiegelung von ca. 12 Hektar Fläche im Raum stehen, werden wir dem entschieden entgegenzutreten. Eine so massive Versiegelung wird mit uns GRÜNEN nicht machbar sein. Wir werden uns stattdessen für die Schaffung eines ökologisch hochwertigen, öffentlichen Parks für alle Eimsbüttelerinnen und Eimsbütteler stark machen, mit Spiel- und Sportangeboten, Orten zum Toben und zum Ausruhen, einer guten und barrierefreien Durchwegung und das bei einer Beibehaltung des Grünvolumens auf kleinerer Fläche. Das ist meine Vorstellung von nachhaltiger GRÜNER Politik in einer wachsenden Großstadt.

Lisa Kern

EINE GESCHICHTE DER GRÜNEN EIMSBÜTTEL

09. Wahl • 04. Juni 1978 • Bunte Liste 2 Sitze
(SPD 20, CDU 16, FDP 2)

Bezirksamtsleitung: Günther Kastenmeyer (bis 1980), Ingrid Nümann-Seidewinkel (1980–1995)

Die Geburt des Grünen Parlamentarismus begann 1977 in Deutschland und in Hamburg lag sie 1978 im Bezirk Eimsbüttel. 1978 hat sich ein Zusammenschluss verschiedener Bürgerinitiativen zur „BUNTE LISTE/ WEHRT EUCH Initiativen für Demokratie und Umweltschutz“, kurz Bunte Liste genannt, in Hamburg zur Wahl gestellt. Blieb ihr auf Bürgererschaftsebene der Weg ins Parlament versperrt, schaffte die BUNTE LISTE in Eimsbüttel mit einer reinen Frauenliste den Einzug in die Bezirksversammlung mit 5,2 % der abgegebenen Wähler*innenstimmen.

Auch das nochmalige Auszählen der Wahlzettel auf Veranlassung der ungläu-

TEIL 1: 1978–1991

bigen CDU konnte dieses Ergebnis nicht mehr ändern. Mit Christina Kukielka und Ilona Kiene saßen zwei Abgeordnete der BUNTEN LISTE in der Bezirksversammlung und bekamen es auf Eimsbütteler Gebiet im September 1979 gleich mit einem der größten Umweltskandale Hamburgs zu tun. Beim Hantieren mit explosiven und giftigen Chemikalien, die drei Kinder zuvor vom nahezu ungesicherten Gelände der Chemischen Fabrik Dr. Hugo Stoltzenberg an der Ecke Farnhornstieg/Hellgrundweg entwendet hatten, starb eines von ihnen nach einer Explosion. Insgesamt „48 Tonnen Gift- und Sprengstoffe, darunter britische Mörsergranaten, 40 Kisten deutsche Nebelgranaten, 16 Tonnen Giftstoffe der Klasse 1 wie Arsen, Strychnin und Zyankali [...] 35 Liter Tabun, zwei Liter Phosgen und zwölf Stahlflaschen mit dem Ersten-Weltkriegs-Kampfstoff Chlorgas“ („Nervengas im Hinterhof“ vom 28. September 1979, <http://www.zeit.de/1979/40/nervengas-im-hinterhof>) wurden anschließend unter größten Sicherheitsvorkehrungen vom Firmengelände geborgen. Von einigen dieser Kampfstoffe hätte das Austreten schon geringer Mengen ausgereicht, um das Leben großer Menschenansammlungen im benachbarten Volksparkstadion zu gefährden. Dennoch sei der Stoltzenberg-Skandal – bei aller Tragik – „ein ganz wichtiger



GAL Biber

Meilenstein, ein Treibsatz für die Umweltpolitik gewesen“ (ebenda) und führte 1980 zur Einrichtung der neugeschaffenen Umweltbehörde in Hamburg (vgl. Friedhelm Schachtschneider, „Das vergessene Gift“, vom 07. September 2004, <http://www.taz.de/!702654/>). Der Skandal, obwohl er nicht von der BUNTEN LISTE aufgedeckt worden ist, brachte gleichzeitig erste Möglichkeiten zur Profilierung. Ein geradezu unglaublicher Fall von Kompetenzwirrwarr, Kompetenzlosigkeit, Unvermögen und Abhängigkeiten kam ans Licht.

1980 wurde mit Ingrid Nümann-Seidewinkel eine Frau zur Bezirksamtsleiterin gewählt und blieb bis 1995 die prägende Frau im Bezirk.

In die zweite Hälfte der Legislaturperiode fiel der „Kampf“ um das Schröderstift, das den Erweiterungsplänen der Universität geopfert werden sollte. Die städtische Verwaltungsgesellschaft SAGA investierte nicht mehr in den Erhalt und vermietete die Wohnungen zeitweilig an das Studentenwerk. Schließlich gab es keine neuen Verträge für die dort wohnenden Student*innen und Anfang November wurde bekannt gegeben, dass ein Abriss der Gebäude beabsichtigt sei. Die BUNTE LISTE unterstützte daraufhin Demonstrationen und Unterschriftenaktionen und Anfang 1981 die Gründung des Vereins „Mieterselbstverwaltung Schröderstift e.V.“. Nach einem Umweg über den Senat unterstützte der Bezirk mit DM 869.000,- für die Instandsetzung, Selbstverwaltung und einen 5-Jahresplan das Wohnprojekt. Daraufhin entschied sich der Senat am 13. Oktober 1981 dafür, dem „Modell“ Mieterselbstverwaltung die Gebäude zu überlassen.

Außerdem wurde maßgebend an einem neuen Wohnungsaufsichtsgesetz mitgewirkt, das Spekulanten das Handwerk legen sollte

und es wurde darüber hinaus die Empfehlung an den Senat weitergeleitet, einen sogenannten Wohnungs-TÜV einzurichten: Regelmäßige Behördenkontrollen bei Altbauten, damit die nicht verfallen. Das Abholzen der Nienendorfer Bäume und die geplante Erweiterung des Flughafens konnten zumindest gebremst werden. Zudem brachte die Bunte Liste einen Verbotsantrag gegen die „Grauen Wölfe“ durch und sorgte für die Abschaffung der sogenannten Rosa Liste zur Strafverfolgung Homosexueller, genauso wie zum Beispiel auch für die Einrichtung eines Arbeitskreises für Kultur und für türkische Mitbürger auf Bezirksebene (vgl. „Drei Jahre im Bezirksparlament: Wie sehen sich die ‚Schmetterlinge‘? ‚Sachzwänge sind Riesenlüge‘, vom 22. Oktober 1981, <https://www.abendblatt.de/archiv/1981/article-203232659/Sachzwaenge-sind-Riesenluege.html>).

Schon ab 1980 zeigten sich schließlich erste Auflösungserscheinungen beim Bündnis der Bürgerinitiativen und wie in anderen Bundesländern und Städten (wie z.B. in Niedersachsen, Berlin, Hannover und Göttingen) zeichnete sich die Bildung einer Grünen Alternativen Liste (GAL) ab (vgl. ebenda).

10. Wahl • 06. Juni 1982 • GAL 5 Sitze

(SPD 16, CDU 17, FDP 2)

Bezirksamtsleiterin: Ingrid Nümann-Seidewinkel (1980–1995)

„Die Grünen“ und die „Alternative Liste“ traten gemeinsam als Listenbündnis „GAL“ zur Bürgerschaftswahl an. Die GAL kam mit 5 Abgeordnet*innen in die Bezirksversammlung. Auf Landesebene herrschten „Hamburger Verhältnisse“, d.h. weder CDU noch SPD konnte allein bzw. wollte mit der GAL zusammen regieren. Die Tolerierungsgespräche zwischen SPD und GAL auf Landesebene scheiterten und somit musste neu gewählt werden.

11. Wahl • 19. Dezember 1982 • GAL 4 Sitze (SPD 20, CDU 16)

Bezirksamtsleiterin: Ingrid Nümann-Seidewinkel (1980–1995)

Bei den Neuwahlen verlor die GAL Stimmen und war nur noch mit 4 Abgeordneten in der Bezirksversammlung vertreten. Aber der Fraktion gelang ein spektakulärer politischer Antrag. Zusammen mit der SPD beschlossen sie im Januar 1983, Eimsbüttel zur Atomwaffenfreien Zone zu erklären, was zwar ohne rechtliche Bindung war, zumindest aber für internationale Beachtung sorgte.

Die Verkehrsberuhigung war das Thema der jungen GAL. Die ersten Tempo 30 Zonen wurden in Eimsbüttel errichtet und waren Vorbild für die ganze Stadt.

Organisatorisch tat sich 1983 auf Eimsbütteler Ebene Entscheidendes. Um die Mitgliederversammlung von Kleinkram zu entlasten, wurde 1983 der Koordinierungsausschuss (KO) ins Leben gerufen. Er tagte immer Mittwochs von 19:30 bis 22:00 Uhr und fand öffentlich statt. Lange Jahre nahmen alle dort Anwesenden an den Abstimmungen teil. Die Mitgliederversammlungen fanden monatlich statt, heute unvorstellbar.

Der KO war immer gut besucht, es wurde engagiert über praktisch jedes Thema diskutiert und die Entscheidungen wurden von allen getragen. Viele Karrieren nahmen dort ihren Anfang. Nie wieder wurde eine solche Breite und Verankerung im links-alternativen Spektrum erreicht, wozu möglicherweise auch der Solifonds entscheidend beigetragen hat. Über diesen wurden die gespendeten Aufwandsentschädigungen der Abgeordneten an Initiativen verteilt.

12. Wahl • 9. November 1986 • GAL 6 Sitze (SPD 15, CDU 17, FDP 2)

Bezirksamtsleiterin: Ingrid Nümann-Seidewinkel (1980 bis 1995)

Fraktionsvorsitzende: Agnes Knackmuss (GAL); Claus Müller (SPD)

Die Legislaturperiode beginnt am 14. November 1986. Es kommt zu den ersten Rot-Grünen Vereinbarungen zur Wahl der Bezirksamtsleiterin Ingrid Nümann-Seidewinkel. Die „Realos“ um Alexander Porschke wollten Eimsbüttel zum Vorbild für die Sondierungsgespräche auf Landesebene zwischen SPD und GAL machen. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi plagte sich mit den zweiten „Hamburger Verhältnissen“ herum und ließ sich nicht beeindrucken. Auch die Wahl der Bezirksamtsleiterin verlief anders als geplant, es wurden drei Wahlgänge benötigt, um sie zu wählen. Die Wahl wurde von der CDU angefochten und musste im Januar wiederholt werden. Die GALier konnten dank senkrechter Kreuze „beweisen“, dass sie sich vollzählig in allen Wahlgängen an die Vereinbarung gehalten hatten.

Gegenstand der Verhandlungen war unter anderem der Erhalt des Bauspielplatzes im Schanzenviertel in der Bartelsstraße, der dem benachbarten Autohaus weichen sollte. Nicht nur der Erhalt konnte herausgehandelt werden, auch der Neubau des Spielplatzhauses wurde als Kompensation für den Raumverlust vereinbart.

Die Verzögerung der Errichtung des ersten McDrive in Hamburg in der Kollaustraße in Lokstedt um ganze 6 Monate, da der Bau zunächst gegen die Bauordnung verstieß, kann als kleine Genugtuung gesehen werden.

Wie schon bei den ersten „Hamburger Verhältnissen“ endeten auch diese mit vorgezogenen Neuwahlen, da sich auf Bürgerschaftsebene nicht auf eine Regierung geeinigt werden konnte.

13. Wahl • 17. Mai 1987 • GAL 5 Sitze

(SPD 16, CDU 16, FDP 3)

Bezirksamtsleiterin: Ingrid Nümann-Seidewinkel (1980 bis 1995)

Fraktionsvorsitzende: Agnes Knackmuss (GAL); Claus Müller (SPD)

1987 fand das letzte „Fest wider dem Elch“ der GAL auf der Wiese am Wunderbrunnen in Schnelsen statt. Erst 1989 konnte Ikea dann das erste schwedische Möbelhaus im Hamburger Stadtgebiet eröffnen.

Das Jahr stand im Zeichen der Hafensstraße. Vor dem Hintergrund der gewalttätigen Auseinandersetzungen auf der Hafensstraßendemo am 20. Dezember 1986 wird der „Initiativkreis für den Erhalt der Hafensstraße“ unter Mithilfe der Eimsbütteler GAL gegründet. Das Interesse war beiderseitig. Die Besetzer*innen wurden vermehrt einem generellen Terrorismusverdacht ausgesetzt, dem entgegengewirkt werden sollte und die Besetzer*innen suchten ihrerseits Unterstützung im linkspolitischen Spektrum. Zahlreiche Aktionen wurden von uns organisiert und über den Solifonds finanziert. Wir meldeten Demos an, organisierten Lautsprecherwagen und die Filmwoche im Juli 1987 auf der Balduintreppe. Sammelten un-



Filmwoche auf der Balduintreppe der Hafensstraße, Juli 1987

FOTO CORNELIA KOST

entwegt Spenden durch kiloweises Backen von „Hafensstraßenwaffeln“ auf diversen Stadtteilfesten. Wir bauten sogar eine CB-Funkanlage zur Landesgeschäftsstelle in der Bartelsstraße ein. Die Telefonate deswegen wurden von der Polizei abgehört und waren später Gegenstand von parlamentarischen Untersuchungen. Unvergessen bleibt das Feilen an Flugblatttexten auf dem Hafensstraßen-Plenum in der Volkküche. Bei über 50 Leuten fand sich immer jemand, die oder der am Text noch etwas zu ändern wünschte. Da das Konsensprinzip galt, fanden diese Diskussionen um Nichts kein Ende und aufgrund dieser Erfahrungen gewann man parlamentarische Debatten durchaus zu schätzen.

Ein besonderes Anliegen der Eimsbütteler Grünen war ein angemessenes Gedenken an die Gräueltaten der faschistischen Diktatur im Bezirk Eimsbüttel: 1988 mit der Benennung des Josef-Carlebach-Platzes auf GRÜNE Initiative, der Anbringung der Gedenktafel am Ortsamt Stellingen, der Benennung des Antonie-Möbis-Weges (KPD) und schließlich der Entfernung des Schriftzuges „Kampfbahn Stellingen“. Vor dem Hintergrund der steigenden Zahlen von Aussiedler*innen und Spätaussiedler*innen sowie Übersiedler*innen aus den Staaten des Warschauer Pakts, stieg die Zahl der Angriffe auf sie. Für die in Eimsbüttel schnell erbauten Heime organisierten wir die Summe von 50.000 EUR aus Sondermitteln für die ehrenamtlichen Helfer*innen.

Im Jahr 1989 wurde durch uns das Wohnprojekt Kleiner Schäferkamp politisch betreut. Auch hier haben wir das Schäferkampfest im Juni angemeldet und organisiert und am Ende für die Durchsetzung gesorgt. Heute befindet sich der Infoladen Schwarzmarkt in dem Projekt.

Fortsetzung folgt!

Cornelia Kost, Thomas Rave

SICHERE SCHULWEGE – EIMSBÜTTEL ALS FAHRRADSTADT AUCH FÜR KINDER

Mit einem gemeinsamen Antrag wollen die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD in Eimsbüttel die Schulwege im Bezirk in Zukunft so attraktiv und sicher gestalten, dass Kinder und Jugendliche ihre Strecken gerne auf dem Fahrrad oder zu Fuß zurücklegen.

Dazu Lisa Kern, Vorsitzende der GRÜNEN-Bezirksfraktion: „Mit dem Antrag haben wir eine wichtige Erkenntnis des Eimsbütteler Mobilitätsforums 2017 aufgegriffen. Damit Schüler und Schülerinnen sicher und gut mit dem Fahrrad zur Schule kommen, müssen die wichtigen Radwegeverbindungen von den Wohnorten zu den Schulen gut ausgebaut, bequem zu befahren und natürlich sicher sein. Die Schulwege müssen deutlich erkennbar und leicht und sicher für Kinder und Jugendliche zu bewältigen sein.“

Schrittweise sollen die Schüler*innen (und Eltern) selbst für ihre Schulen einen (Rad-)Schulwegplan ausarbeiten, in dem potentielle Gefahrstellen, Radwegelücken, Engpässe und Wartestellen zusammengefasst werden. Der Bezirk muss dann die nötigen Baumaßnahmen planen und schnell umsetzen. Nur so lassen sich auch die teilweise chaotischen Verkehrsbedingungen vor Schulen durch elterliche Hol- und Bringverkehre beenden.

Gabriela Küll, stellvertretende Vorsitzende der Bezirksversammlung betont: „Ich finde, es ist eine gute Idee, durch die Aufpflasterung von einmündenden Straßen entlang eines Schulweges diesen so herauszuheben, dass nicht die Kinder eine Straße überqueren, sondern die Autofahrer*innen bewusst den Schulweg kreuzen.“

Fabian Klabunde, verkehrspolitischer Sprecher der GRÜNEN-Bezirksfraktion ergänzt: „Kinder sind nicht autogerecht. Wir wollen das Motto Fahrradstadt Eimsbüttel auch für Kinder verwirklichen. In eine bis 2019 dauernde Pilotphase probiert der Bezirk mit den Schulen Albrecht-Thaer-Gymnasium, Grundschule Turmweg, Stadtteilschule Niendorf, Schule Brehmweg und Julius-Leber-Schule verschiedene Möglichkeiten aus, schnell eine Verbesserung für die (Rad-)Schulwege zu erreichen.“

Mit dieser Initiative werden alle Kräfte gebündelt, um Kindern einen sicheren und selbständigen Weg zur Schule zu ermöglichen. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, dass künftig für alle Schulen im Bezirk klare Pläne entwickelt und die Wege im Sinne der Schülerinnen und Schüler gestaltet werden können.

INTER- UND TRANSKULTURELLE ARBEIT IN EIDELSTEDT

Die GRÜNE Bezirksfraktion Eimsbüttel freut sich über den Beschluss der Bezirksversammlung, dem Eidelstedter Bürgerhaus für die inter- und transkulturelle Arbeit in Eidelstedt insgesamt € 56.500,- zur Verfügung zu stellen.

Ali Mir Agha, Co-Vorsitzender und parlamentarischer Geschäftsführer der GRÜ-

NEN-Bezirksfraktion: „Damit wird die hervorragende interkulturelle Arbeit des Eidelstedter Bürgerhauses gestärkt, die dort aktuell schon geleistet wird, und zugleich Bedingungen für neue Strukturen für die Integrationsarbeit mit geflüchteten Menschen geschaffen.“

Bis zur Mitte des Jahres werden im Stadtteil die „Unterkünfte mit der Perspektive Wohnen“ am Duvenacker und Hörgensweg bezogen, wodurch mit dem Bevölkerungszuwachs logischerweise auch die Bedarfe steigen, die mit den derzeitigen personellen und räumlichen Mitteln nicht ausreichend aufgefangen werden können. Deshalb soll u.a. das Bürgerhaus zunächst für ein Jahr mit wachsenden personellen Mitteln für die Stamm- und Honorarkräfte ausgestattet werden.

Falk Schmidt-Tobler, Sprecher des Regionalausschusses Eidelstedt/Stellingen hebt hervor, dass „mit diesen Mitteln die integrative Arbeit in den Kultureinrichtungen, mit insbesondere in der Anfangsphase besonderen Anforderungen, sinnvoll gestärkt wird. Damit wird auch die Stadtteil- und Kulturarbeit des Eidelstedter Bürgerhauses, die seit Jahrzehnten ein fester und prägender Bestandteil Eidelstedts ist, gestärkt und gewürdigt.“

MINIKREISVERKEHR AN DER KREUZUNG STRESEMANN-ALLEE/GRANDWEG VERBINDET VERKEHRSSICHERHEIT MIT BAUM- UND GRÜNFLÄCHENSCHUTZ

Auf gemeinsamen Antrag der GRÜNEN- und SPD-Bezirksfraktionen Eimsbüttel hat der Regionalausschuss Lokstedt, Niendorf, Schnelsen beschlossen, den Kreuzungsbereich Stresemannallee/Grandweg dahingehend zu planen, dass dort ein sog. Minikreisverkehr (maximaler Durchmesser: 18 Meter) im Rahmen des Ausbaus der Veloroute 3 entsteht. Durch Zebrastreifen mit Fahrbahnteilern über den Grandweg und die Stresemannallee sowie Engführungen der Ein- bzw. Ausfahrten soll die Verkehrssituation besonders für den Rad- und Fußverkehr sicherer und übersichtlicher gestaltet werden. Ein etwa 4–5 cm hoher Bordstein sowie eine durchgezogene Linie um die Mittelinsel sorgen dafür, dass das (schnelle) Überfahren des Innenkreisels durch PKW verhindert, das langsame Überfahren von Bussen und LKWs aber ermöglicht wird.

Dazu Lisa Kern, Vorsitzende der GRÜNEN-Bezirksfraktion und Sprecherin im Regionalausschuss: „Mit der Planung eines Minikreisverkehrs tragen wir den an dieser Stelle notwendigen Aspekten der Verkehrssicherheit Rechnung. Gleichzeitig sorgen wir für größtmöglichen Baumschutz und eine möglichst geringe Versiegelung. Der Erhalt des grünen Charakters des Stadtteils ist den Lokstedtern ebenso wichtig wie mehr Sicherheit, besonders für Kinder.“

Sebastian Dorsch, Mitglied im Regionalausschuss und Mit-Antragsteller: „Diese Lösung stellt die schwächeren Verkehrsteilnehmer*innen und die grüne Umgebung in den Mittelpunkt. Zahlreiche Studien belegen die positiven Aspekte dieser Kreisels ebenso wie die Erfahrung bspw. an den kürzlich errichteten Minikreisverkehren Osterstraße/Methfesselstraße und Heußweg/Stellinger Weg.“

(Gekürzte Fassungen. Die vollständigen Antragstexte finden Sie auf unserer Homepage: gruene-eimsbuettel.de)

#EIMSBÜTTEL

Gezwitscher im März



GRÜNE Eimsbüttel @Grueeneimsbusch · 16. Dez. 2017
 Neues aus der #bvebuettel: Bezirksfraktionen der GRÜNEN- und der SPD in #Eimsbüttel fördern: Sichere Schulwege – Eimsbüttel als Fahrradstadt auch für Kinder. [gruenlink.de/1efv](https://www.gruenlink.de/1efv)



GRÜNE Eimsbüttel @Grueeneimsbusch · 14. Dez. 2017
 Sichere Schulwege – Eimsbüttel als Fahrradstadt auch für Kinder. #bvebuettel beschließt einstimmig GRÜNEN Antrag. Wichtiger Schritt zu #KursRadHH



GRÜNE Eimsbüttel @Grueeneimsbusch · 25. Jan.
 Die #bvebuettel setzt die Mitglieder des #Inklusionsbeirat ein. Ein großer Moment für die #bvebuettel



GRÜNE Eimsbüttel @Grueeneimsbusch · 1. März
 Vorstellung des Integrationskonzeptes für Eidelstedt. Die GRÜNEN in der #bvebuettel werden die Verwaltung und die Eidelstedter unterstützen. Für gute Integration!



GRÜNE Eimsbüttel @Grueeneimsbusch · 18. Jan.
 Auf Initiative der #GRÜNEN #bvebuettel

Eimsbütteler Nachr. @eimsbuettelern
 Im Bezirksamt #Eimsbüttel gibt es bald geschlechtsneutrale Toiletten. @pinkstinksde @ADS_Bund eimsbuetteler-nachrichten.de/unisex-toilette...



Mariella Silvano @Mariella_FS · 27. Jan.
 Kein Vergeben, kein Verpassen! #WeRemeber #Bdck18



GRÜNE Eimsbüttel @Grueeneimsbusch · 18. Dez. 2017
 Die GRÜNE Bezirksfraktion #Eimsbüttel #bvebuettel fördert die inter- und transkulturelle Arbeit in Eidelstedt. [gruenlink.de/1efv](https://www.gruenlink.de/1efv)



Mehr Grün
 für Eimsbüttel

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
EIMSBÜTTEL